

N i e d e r s c h r i f t

über die 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, den 03.02.2026 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 16:04 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend: Landrat
Herrgott, Christian

Vorsitzende
Kanis, Regine

Ausschussmitglieder
Fischer, Jörg
Kleindienst, Wolfgang
Kuschick-Büttner, Anja
Löffler, Conny
Müller, Ronny
Reller, Cynthia
Thieme, Frederik
Weidermann, Thomas, Dr. med.

Beratende Mitglieder
Beyer, Astrid
Herrgott, Beate
Hofmann, Nadine
Krasser, Ines
Thieme, Mandy
Wetzel, Holger

Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Jacoby, Frank
Möller, Sarah
Müller, Ines
Schmidt-Rösner, Diana
Umbach, Stephan
Unger, Philipp

Gäste

Becker, Christoph
Starke-Poser, Susann
Schmidt, Falk
Schönbach, Corina
Pernt, Janine
Smieskol, Annegret

Entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Neumüller, Alex (persönliche Gründe)

Delegierte Jugendparlament

Schmidt, Pauline (dienstliche Gründe)

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.09.2025
2. Entwicklung der Jugendkriminalität im Saale-Orla-Kreis
3. Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über den Haushalt des Jugendamtes sowie der Stabsstelle Planung und Controlling des Dezernat 3 Jugend, Soziales und Gesundheit
Vorlage: J/012/2026
4. Anfragen
5. Informationen/Sonstiges

Frau Kanis eröffnet die 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.09.2025

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.
Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses am 02.09.2025 (öffentlicher Teil).“

18-6/2026

Zu TOP 2 Entwicklung der Jugendkriminalität im Saale-Orla-Kreis

Der Wunsch aus dem Jugendhilfeausschuss aus dem vergangenen Jahr zur Vorstellung der Entwicklung der Jugendkriminalität im Saale-Orla-Kreis wurde an die zuständige Polizeiinspektion weitergereicht, die nun der Einladung in die heutige Sitzung gefolgt ist.

Als Leiter der Polizeiinspektion Saale-Orla stellen sich Herr Becker sowie Frau Starke-Poser als Hauptsachbearbeiterin Jugendkriminalität vor.

Anhand einer Präsentation wird von Herrn Becker eine Auswertung der Statistik der Jugendkriminalität im Landkreis für die Jahre 2022-2024 gezeigt. Es wird auf die Hintergründe der abfallenden Zahlen während der Corona-Jahre aufmerksam gemacht. Die Übersichten werden gesamt nach Straftaten sowie einzeln nach Altersgruppen und Delikten erläutert. Für das Jahr 2025 wird von einer Fortsetzung der aufgezeigten Entwicklung ausgegangen. Änderungen in der Statistik sind bei abgeschwächten Zahlen der Rauschgiftdelikte bedingt durch die Cannabis-Legalisierung zu verzeichnen. Ebenfalls erkennbar ist ein Anstieg der Straftaten an Schulen, der ggf. zurückzuführen ist auf ein geändertes Anzeigeverhalten. Abschließend wird die Bedeutung der Sensibilisierung der beteiligten Personen und die Stärkung der Netzwerke hervorgehoben, um entsprechend intervenieren zu können oder die Dunkelfelder einzugrenzen.

Von Frau Starke-Poser wird über ihre Arbeit an den Schulen berichtet. Es wird ausgeführt, dass Verfahren an fast allen Schulen zu verzeichnen sind und aus diesen Fällen oftmals mehrere Ermittlungen zur Bearbeitung nachfolgen. Als problematisch wird angesprochen, dass in Fällen von Strafunmündigkeit (unter 14 Jahre) keine strafrechtliche Verfolgung stattfinden kann, sondern nur klärende Gespräche stattfinden, mit dem Wissen, dass erneute Einsätze folgen werden. Ergänzend wird von Herrn Becker auf vorhandene Problemfamilien mit den jeweiligen Geschwisterkindern und die damit einhergehende Zunahme der Delikte hingewiesen. Mit Blick auf die drohende Gefahr für die Allgemeinheit sowie die Belastung der Behörde wird sich für die Stärkung der Netzwerkarbeit ausgesprochen.

Von Herrn Kleindienst werden schriftliche Fragen an Herrn Becker übergeben. Es wird auf die öffentliche Wahrnehmung einer Zunahme an Fällen sowie die zu erwartenden Konsequenzen für die Sozialausgaben aufmerksam gemacht.

Auf die Nachfrage zum Rankingstand von Pößneck im Thüringenvergleich wird von Herrn Becker mitgeteilt, dass bei Delikten im Zusammenhang mit Crystal sich die Region im Durchschnitt bewegt.

Von Seiten des Schulamtes wird von Frau Thieme berichtet, dass über die Schulsozialarbeit bestimmte Projekte durchgeführt werden. Zur Verbesserung der Präventionsarbeit wird sich für die Verstärkung der Netzwerkarbeit ausgesprochen.

Auf die Nachfrage von Herrn Thieme zu den Schwerpunkten in Pößneck werden von Herrn Becker neben den häufigsten Vorkommnissen im Zusammenhang mit Crystal ebenfalls Fälle von Mobbing, Propagandadelikten oder Urheberrechtsverstößen genannt. Zum Mißbrauch von Betäubungsmittel wird auf das seit 20 Jahren bestehende Problem hingewiesen.

Zu den Nachfragen der örtlichen Schwerpunkte bzw. der Brennpunktschulen wird von Herrn Becker und Frau Starke-Poser erläutert, dass aktuell in der Orlaregion der Schwerpunkt vorrangig an Regelschulen festzustellen sind. Aber auch an anderen Schulen oder Standorten sind Vorkommnisse zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Frage von Frau Reller zu Verbesserungsmöglichkeiten der Netzwerkarbeit wird von Herrn Becker anhand des Beispiels der Stadt Jena die Arbeit von Jugendstationen mit spezialisierten Sachbearbeitern erläutert, die im Zusammenwirken die Bearbeitungskette wesentlich verkürzen. In turnusmäßigen Beratungen werden so die Schwerpunkte erkannt, in Fallkonferenzen die Härtefälle erörtert und die Öffentlichkeitsarbeit an den Schulen verstärkt.

Über die Einschätzung einer Zunahme von Gewalt an Schulen wird von Frau Thieme berichtet. Das Anzeigen der Schulen bzw. die daraus resultierenden Aufforderungen werden als niedrigschwelliges Mittel gesehen. Die daraus ggf. umzusetzende Höchstmaßnahme ist ein Schulausschluss, wobei eine solche Lösung gegenüber der Sinnhaftigkeit eines ganztägigen Verbleibes des betroffenen Kindes im problembehafteten Elternhaus abgewogen werden sollte.

Zum wiederholten Hinweis von Frau Starke-Poser auf fehlende Konsequenzen für Strafmündige und den damit einhergehenden Arbeitsaufwand wird von Herrn Herrgott über die Diskussionen im Bundestag berichtet, die aber bislang kein Ergebnis herbeigeführt haben. Auch seitens des Thür. Justizministerium besteht eine Initiative zur Abänderung der Strafbarkeit von Propagandadelikten an Schulen.

Der von Frau Starke-Poser vorgetragene Sachverhalt wird von Frau Müller als Sachbearbeiterin Jugendgerichtshilfe bestätigt und sich für die Notwendigkeit von Gesetzesänderungen (Herabsetzung der Strafmündigkeit) ausgesprochen.

Auf Nachfragen von Herrn Fischer zur Problematik Alkohol unter Jugendlichen wird von Herrn Becker und Frau Starke-Poser eher eine rückläufige Entwicklung erachtet. Bezüglich Vorkommnissen mit K.O.-Tropfen wird ein großes Dunkelfeld aufgrund der sehr kurzen Zeit der Nachweisbarkeit bzw. der Unsicherheit der Betroffenen gesehen.

Von Herrn Müller wird sich für gemeinsame Beratungen der Schulsozialarbeiter mit der Polizei ausgesprochen. Weiter wird die Einbeziehung der Vereine und die Einforderung des Pflichtbewusstseins der Eltern angeregt.

Abschließend wird von Frau Kanis die umfangreiche Diskussion dahingehend zusammengefasst, dass eine Lösung nicht in allen Bereichen geschaffen werden kann.

**Zu TOP 3 Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über den Haushalt des Jugendamtes sowie der Stabsstelle Planung und Controlling des Dezernat 3 Jugend, Soziales und Gesundheit
Vorlage: J/012/2026**

Zu den Anfragen der UBV/FDP-Fraktionen und von Herrn Thieme wurden den Ausschussmitgliedern vor Sitzungsbeginn die jeweiligen schriftlichen Antworten ausgehändigt.

Hinsichtlich des kurzfristigen Eingangs der Fragen wird von Herrn Herrgott für die Zukunft um eine frühzeitigere Einreichung gebeten, da im Gegenzug eine qualitativ gute Antwort aus der Verwaltung erwartet wird.

Von Herrn Herrgott wird auf den im Dezember eingebrachten HH-Planentwurf und die seitdem erfolgten intensiven Verhandlungen im Land verwiesen. Die daraus resultierende Sonderzuweisung für den Sozialbereich konnte nun entsprechend eingearbeitet werden. Nach

Vorlage der Jahresrechnung ist nach eingehender Prüfung eine engmaschige Überarbeitung einzelner HH-Stellen erfolgt. Über diesen aktuellen Stand wird den Ausschussmitgliedern eine Änderungsübersicht vorgelegt. Als Ergebnis daraus wird nun eine Kreisumlage von 48,46 % genannt.

Die größten Positionen der Übersicht werden von Herrn Herrgott einzeln angesprochen und die Änderungen entsprechend begründet.

In zwei Fraktionen wurde der Haushalt mit den Änderungen insoweit vorberaten.

Für den vom Jugendhilfeausschuss zu verantwortenden Bereich wird von Frau Krasser versichert, dass in sorgfältiger Abwägung zwischen fachlicher Notwendigkeit und finanziellen Rahmenbedingungen die jeweiligen HH-Stellen geplant wurden. Ergänzend wird von Herrn Herrgott darauf verwiesen, dass Prognosen für die Fallzahlen nur schwer vorauszusagen sind bzw. bei dieser engen HH-Planung auch das Risiko überplanmäßiger Ausgaben besteht.

Die Auszüge aus dem HH-Planentwurf werden wie folgt durchgesprochen:

Für den Teilbereich Dezernat 3 gibt es keine weiteren Nachfragen.

Zum Sachgebiet 311 (Wirtschaftliche Jugendhilfe) wird von Frau Krasser informiert, dass bei den Wohnformen für Mütter/Väter aufgrund der Fallzunahme ein neuer Ansatz gebildet wurde.

Von Frau Kuschick-Büttner wird zur Erziehung in einer Tagesgruppe auf den für das Jahr 2026 geplanten Start und die somit enge Zeitschiene verwiesen. Von Frau Krasser wird über ein geplantes Interessenbekundungsverfahren berichtet, welches in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Für das Sachgebiet 312 (Soziale Dienste) wird von Frau Kuschick-Büttner die Möglichkeit der Durchführung des Pflegeelternstammtisches über das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben hinterfragt, was von Frau Krasser verneint wird.

Zur Schulsozialarbeit, enthalten im Sachgebiet 313 (Kinder- und Jugendförderung, Prävention), werden von Frau Kuschick-Büttner die Gründe der Absenkung der kreislichen Mittel hinterfragt.

Von Herrn Herrgott wird hierzu berichtet, dass im letzten Jahr eine Rückerstattung der Landesmittel erfolgen musste. Als Grund für die nicht ausgeschöpften Mittel wird genannt, dass durch die Träger die Stellen teils nicht besetzt werden konnten. Für den HH-Plan ist die Entscheidung getroffen worden, den Durchschnitt der letzten Jahre anzunehmen.

Von Frau Kuschick-Büttner wird ausdrücklich auf den beschlossenen Jugendförderplan mit dem Ausbau eines flächendeckenden Angebotes an Schulsozialarbeit verwiesen. Es werden Befürchtungen zum Verlust dieses ursprünglichen Gedankens und dem Wegfall einer gewissen Flexibilität für die Träger geäußert.

Aus Sicht des Trägers wird von Frau Schönbach über die Herausforderungen der Stellenbesetzung und die mit vorliegender Fördermittelminderung ggf. notwendigen Stellenreduzierung berichtet.

Von Herrn Herrgott wird bestätigt, dass mit Blick auf das vorgenannte Ziel in Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss mögliche neue Varianten abgestimmt werden. Auch für das mögliche Risiko von Tarifsteigerungen für das Bestandspersonal werden Lösungen gefunden werden.

Frau Löffler geht 18:10 Uhr.

In der weiteren Diskussion werden die Hintergründe für die nichtbesetzten Stellen der Schulsozialarbeit erörtert.

Zu den angesprochenen Punkten wird von Frau Herrgott auf die Arbeit in dem zu diesem Zweck gegründeten Unterausschuss verwiesen. Zur erfolgten Rückzahlung der Landesmittel wird versichert, dass in diesem Zusammenhang immer Gespräche mit den Trägern stattgefunden haben.

Abschließend wird von Herrn Kleindienst das Fazit gezogen, dass die dauerhaft wachsenden Zuschussbedarfe im Sozialbereich nicht ausreichend gegenfinanziert sind bzw. das Risiko der Unterfinanzierung beim Landkreis verbleibt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises empfiehlt dem Kreistag, dem Haushalt des Jugendamtes sowie der Stabsstelle Planung und Controlling des Dezernat 3 Jugend Soziales und Gesundheit gemäß den beigegeführten Anlagen für das Haushaltsjahr 2026 seine Zustimmung zu erteilen.“

19-6/2026

Zu TOP 4 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Zu TOP 5 Informationen/Sonstiges

Von Frau Kanis wird an den Termin der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, den **21.04.2026, 16:00 Uhr** erinnert.

Von Frau Kuschick-Büttner wird auf den für ihre Person zeitlich ungünstig gelegenen Termin aufmerksam gemacht.

Von Herrn Herrgott wird über erteilte Informationen im Sozialausschuss zur Thematik Aromatherapie in Kindergärten berichtet. Die durch das Rechtsamt erfolgte Prüfung wird auszugsweise wie folgt verlesen:

„Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es keine verbindlichen Regelungen zum Umgang mit Duftstoffen in Kindergärten gibt. Kindergartenträger, Kindergartenleitung, Kindergartenpersonal und Kindergarteneltern sollten sich unter objektiv kritisch würdigender Einschätzung der Interessen aller Beteiligten (einschließlich im Bewusstsein der wirtschaftlichen (Vertriebs-)Interessen der Herstellerfirmen) gemeinsam die Frage beantworten, ob der Einsatz von Duftstoffen im Kindergarten mit Blick auf das Wohl aller Kinder im Kindergarten eine sinnvolle und gewollte Sache ist.“

Für das Jugendamt, Sachgebiet Kinder- und Jugendförderung, Prävention wird empfohlen, sich der Empfehlung des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) vom 17.11.2016, welche im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht wurde, anzuschließen. Dieser empfiehlt: „Wo sich Kinder aufhalten, sollte auf die Aromatisierung von Räumen verzichtet werden.“ Ebenso kann auf die Ausführungen auf Seite 6 unter der Überschrift „Aromatherapie“ in Schulen – eine sinnvolle Sache? der Broschüre des Umweltbundesamtes „Duftstoffe - chemische Begleiter des Alltags“ verwiesen werden. Dort wird ebenfalls zu Bedenken gegeben, dass die zusätzliche Belastung der Innenraumluft mit Duftstoffen zum Problem für Menschen mit vorgeschädigten Atemwegen werden kann.“

Diese Informationen wurden von der Verwaltung an die Kita-Fachberater weitergegeben. Die erwähnte Mitarbeiterin des Landratsamtes hat das Angebot im Rahmen einer angemeldeten Nebentätigkeit unterbreitet.

Auch von Herrn Dr. Weidermann wird bestätigt, dass es keine klaren Regelungen hinsichtlich der Verwendung gibt. Es sollte jedoch grundsätzlich unterschieden werden zwischen Duftstoffen und einer Aromatherapie. Für die jeweiligen Stoffe bedarf es einer Zulassung. Auch sollte die Eignung für Babys und Kleinkinder gesondert geprüft werden.

Von Frau Krasser und Frau Herrgott wird ergänzt, dass sich einige Träger zwischenzeitlich vom Angebot distanzieren haben bzw. dass seit der erteilten Empfehlung an die Fachberater keine weiteren Nachfragen erfolgt sind.

Frau Kanis beendet um 18:30 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Regine Kanis
Ausschussvorsitzende

Beate Eismann
Schriftführerin